



Niederschrift (öffentlicher Teil)

über die 21. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 30.03.2011, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling

Stadtvorstand

Beigeordneter Rolf Franzen

Bürgermeister Heinz Heller

Ratsmitglieder

- 1 Dr. Reinhard Bock
- 2 Evelyne Cleemann
- 3 Hedi Danner (ab 17.06 Uhr)
- 4 Bernhard Düker (bis 19.00 Uhr)
- 5 Thomas Eckerlein
- 6 Christian Gauf (bis 18.46 Uhr, TOP I/8)
- 7 Martin Graßhoff
- 8 Thorsten Gries (bis 19.00 Uhr)
- 9 Günter Hahn
- 10 Dr. Walter Hitschler
- 11 Ingrid Kaiser
- 12 Annegret Kirchner
- 13 Hannelore Krauskopf
- 14 Uwe Kretzschmar
- 15 Jürgen Kroh
- 16 Elisabeth Metzger
- 17 Volker Neubert
- 18 Matthias Nunold
- 19 Dr. Norbert Pohlmann
- 20 Fritz Presl
- 21 Christina Rauch
- 22 Josef Reich (bis 18.34 Uhr, TOP I/8)
- 23 Oliver Reitnauer
- 24 Walter Rimbrecht
- 25 Achim Ruf

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

- 26 Dr. Dietmar Runge
27 Gertrud Schanne-Raab
28 Florian Scharfenberger
29 Richard Scherer (bis 18.34 Uhr, TOP I/8)
30 Eckhart Schiller
31 Andreas Schneider
32 Dirk Schneider
33 Peter Schönborn
34 Dr. Ulrich Schüler
35 Elke Streuber
36 Kurt Zahler (bis 19.00 Uhr)

Protokollführerin

Kristin Guthor

von der Verwaltung

Werner Boßlet (EBZ)
Heinz Braun (Amt 10)
Dr. Annegret Bucher (Amt 30)
Willi Conrad (Amt 60)
Thomas Deller (Amt 40)
Harald Ehrmann (Amt 60)
Stephan Frank (EBZ)
Heike Heb (PR)
Thilo Huble (Amt 41)
Herbert Kallenbrunnen (PR)
Horst Keßler (Amt 60)
Richard Körner (Amt 10)
Anne Kraft (SST WiFö)
Johannes Kuhn (Amt 11)
Bruno Maier (Amt 20)
Gebhard Morscher (Amt 60)
Fritz Schmidt (Amt 30)
Klaus Stefaniak (Amt 32)
Friedrich Wagner (Amt 20)
Markus Wilhelm (Amt 51)

Abwesend:

Ratsmitglieder

- 37 Kurt Dettweiler
38 Stephane Moulin
39 Dr. Wolfgang Ohler
40 Sabine Wilhelm

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Neubau der DRK-Rettungswache
Vorlage: 32/0381/2011/
(ursprünglich TOP I/5)
- 2 Weitere Aufgabenübertragung auf den Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken
Vorlage: 30/0380/2011/1
(ursprünglich TOP I/1)
- 3 Bauleitplanung;
Aufstellung einer Satzung über die erleichterte Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (Außenbereichssatzung) WA 15 "Mölschbacherhof" gem. § 35 Abs. 6 BauGB
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
Vorlage: 60/0368/2011
(ursprünglich TOP I/2)
- 4 Theater- und Konzertspielzeit 2011/2012
Neue Preisstruktur
Vorlage: 41/0376/2011/1
(ursprünglich TOP I/3)
- 5 Stadtmuseum,
Preise für Führungen
Vorlage: 41/0377/2011/1
(ursprünglich TOP I/4)
- 6 Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes; Einstellung einer Klimaschutzmanagerin/eines Klimaschutzmanagers
Vorlage: 10/0382/2011
- 7 Grundsatzbeschluss über die Teilnahme der Stadt Zweibrücken am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz
(Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2011)
Vorlage: 10/0389/2011
- 8 Festlegung des Abstimmungsverhaltens der Stadt Zweibrücken in der Zweckverbandversammlung zur Frage der Planung der Erschließungsstraße des Gewerbegebietes Truppacher-Höhe
(Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2011)
Vorlage: 10/0390/2011

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

9 Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Personalangelegenheiten

2 Anfragen von Ratsmitgliedern

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, dass TOP I/5 „Neubau der DRK-Rettungswache“ als erstes behandelt werde.

Herr Schmidt führt diesbezüglich aus, dass heute auch über den Standort der neuen Rettungswache beraten werde. Der mögliche Standort in der Kasernenstraße sei Teil der Vermögensübertragung der Stadt auf EBZ. Würde man sich für diesen Standort entscheiden, schlägt die Verwaltung vor, das Grundstück für den neuen Standort aus der zu übertragenden Vermögensmasse an EBZ herauszunehmen, so dass die Stadt dieses Grundstück an das DRK verkaufen könne und so der Stadt der Verkaufserlös zustehe. Würde man sich gegen den Standort in der Kasernenstraße entscheiden, könne diese Fläche auch auf den EBZ übertragen werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass TOP I/5 „Neubau der DRK-Rettungswache“ vor TOP I/1 „Weitere Aufgabenübertragung auf den EBZ“ beraten werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt Homburg eine Resolution an die Bürger ausgelegt habe, mit welcher die Abschaltung des AKW Cattenom gefordert werde.

Nach kurzer Diskussion erklärt der Vorsitzende, dass die Resolution als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorberaten werde.

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1: (öffentlich) Neubau der DRK-Rettungswache **(ursprüngl. TOP I/5) Vorlage: 32/0381/2011/1**

Ratsmitglied Dr. Runge erklärt, dass die Rettungswache am besten in der Nähe des evangelischen Krankenhauses angesiedelt werde. Das Krankenhaus biete eine Fläche von ca. 5.000 qm an.

Ratsmitglied Reitnauer erklärt, dass er nicht verstehen könne, warum bisher nicht die Alternative einer gemeinsamen Rettungswache des DRK mit dem ASB geprüft wurde.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt Herr Wagner, dass die anteiligen Baukosten nur die Stadt Zweibrücken als kreisfreie Stadt zu tragen habe, die Verbandsgemeinden bzw. der Kreis müssten nach dem Gesetz dazu nichts beitragen.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Dr. Bock erklärt Beigeordneter Franzen, dass der ASB in den nächsten Jahren keine weiteren Baumaßnahmen beginnen werde und somit auch keine weiteren Kosten auf die Stadt zukommen.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Dem Antrag auf Neubau der Rettungswache I (DRK) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Beschlusses durchzuführen.

Noch zu entscheiden ist über den endgültigen Standort, eine Investition in einen Neubau der Halle für die Katastrophenschutzfahrzeuge, sowie die weitere Verwendung des Elsa-Brandström-Hauses.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

Verteiler:
Amt 32

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 2: (öffentlich) Weitere Aufgabenübertragung auf den Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken
Vorlage: 30/0380/2011/1

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, dass er die Aufgabenübertragung sehr begrüße, die Umbenennung in UBZ sei richtig, wichtig und gelungen.

Ratsmitglieder Presl, Schiller und Nunold stimmen Ratsmitglied Dr. Hitschler zu.

Ratsmitglied Reitnauer erklärt, dass er gegen die Aufgabenübertragung stimmen werde, um der Stadt nicht noch mehr Entscheidungsmöglichkeiten zu nehmen.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sie immer noch nicht davon überzeugt sei, dass durch die Aufgabenübertragung Kosten eingespart werden können.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

- 1 Dem Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken wird mit Wirkung vom 01.04.2011 die Zuständigkeit im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesens, der Grünflächenunterhaltung, des Rosengartens und Wildrosengartens nach Maßgabe des als Anlage 1 beigefügten Satzungsentwurfs übertragen.
- 2 Der dieser Ergänzungsdrucksache als Anlage 1 beigefügte Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung für den Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken Anstalt des Öffentlichen Rechts der Stadt Zweibrücken vom 17. Februar 2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 29. Januar 2010“ wird als Satzung beschlossen.
- 3 Dem der Beschlussvorlage Nr. 30/0380/2011 als Anlage 3 beigefügten Entwurf eines Personalüberleitungstarifvertrages wird zugestimmt.
- 4 Der Stadtrat stimmt der Vermögensübertragung und der Übertragung der Verbindlichkeiten auf den Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken gemäß der Eröffnungsbilanz, den beiden Teilbilanzen und den Bestandsverzeichnissen etc. (Anlage 2) zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	3
Enthaltung:	1

Verteiler:

Amt 30

EBZ

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 3: (öffentlich)
(ursprüngl. TOP I/2)

Bauleitplanung;

Aufstellung einer Satzung über die erleichterte Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (Außenbereichssatzung) WA 15 "Mölschbacherhof" gem. § 35 Abs. 6 BauGB

- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB

- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)

- Empfehlung zum Satzungsbeschluss

Vorlage: 60/0368/2011

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung) werden wie in dieser Vorlage ausgeführt behandelt.
2. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB werden wie in dieser Vorlage ausgeführt behandelt.
3. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die erleichterte Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (Außenbereichssatzung) WA 15 „Mölschbacherhof“ gem. § 35 Abs. 6 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:
Amt 60

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 4: (öffentlich)
(ursprüngl. TOP I/3)

Theater- und Konzertspielzeit 2011/2012
Neue Preisstruktur
Vorlage: 41/0376/2011/1

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass es unsozial sei, die Preise für die günstigen Karten zu erhöhen, da diese für Kinder seien. Die günstigen Karten würden von vier auf fünf Euro 20% teurer werden, wobei der Preis für teure Karten von 31 auf 32 Euro sich kaum verändere.

Ratsmitglied Schanne-Raab stellt den Antrag, über die Preiserhöhung für die Karten und die Preiserhöhung für Konzertfahrten separat abzustimmen.

Der Antrag von Ratsmitglied Schanne-Raab wird mit 4 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt einer pauschalen Preisanpassung von 1,00 € für alle Preiskategorien der Spielzeitreihen

- Musiktheater
- Konzerte
- Kleinkunst im Wintergarten
- Kindertheater

sowie der Anhebung des Konzertfahrtenzuschlags auf 4,-€ zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	2
Enthaltung:	2

Verteiler:
Amt 41

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 5: (öffentlich) **Stadtmuseum,**
(ursprüngl. TOP I/4) **Preise für Führungen**
 Vorlage: 41/0377/2011/1

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der in der Vorlage genannten Preisstruktur für Führungen im Stadtmuseum zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:
Amt 41

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 6: **Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes; Einstellung einer Klima-**
(öffentlich) **schutzmanagerin/eines Klimaschutzmanagers**
 Vorlage: 10/0382/2011

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Einstellung einer Klimaschutzfachkraft zur Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes wird unter der Voraussetzung einer Bezuschussung in Höhe von 65% der förderfähigen Kosten gemäß den geltenden Förderrichtlinien vom Dezember 2010 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:

Amt 11
Amt 60

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 7: **(öffentlich)**

**Grundsatzbeschluss über die Teilnahme der Stadt Zweibrücken
am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz
(Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2011)
Vorlage: 10/0389/2011**

Ratsmitglied Dr. Hitschler schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss zu verweisen. Er erklärt, dass kein Weg an der Teilnahme am Entschuldungsfond vorbeiführe und dass man diese Aufgabe gemeinsam angehen solle.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:
Amt 10

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Punkt 8: **(öffentlich)**

**Festlegung des Abstimmungsverhaltens der Stadt Zweibrücken in der Zweckverbandversammlung zur Frage der Planung der Erschließungsstraße des Gewerbegebietes Truppacher-Höhe (Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2011)
Vorlage: 10/0390/2011**

Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, wie der Vorsitzende zu den Ansiedlungen stehe. Er ist der Meinung, dass weder Hektik, Angst noch Eile angezeigt sei, da das BNatSchG Alternativplanungen vorschreibe, um verschiedene Planungen abwägen zu können. Zunächst einmal müsse geprüft werden, welche Altlasten vorliegen und wie diese beseitigt werden können. Außerdem müsse der Flächennutzungsplan durch die Stadt, nicht durch den ZEF geändert werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm die von Ratsmitglied Rimbrecht angesprochene Bürgerinitiative nicht bekannt und dass er auch nicht für die Internetplattform verantwortlich sei.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sie den FDP-Antrag begrüße.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, dass sehr wohl Eile geboten sei, da durch die Auftragsvergabe des ZEF zur Detailplanung der Erschließungsstraße bereits Kosten auflaufen würden.

Frau Dr. Bucher erklärt, dass ein Auftrag zur Erstellung des Bebauungsplanes vergeben wurde. In der nächsten Verbandsversammlung finde noch keine Beschlussfassung über den Entwurf statt, sondern es werden lediglich die Stellungnahmen der Fachplaner, welche im Rahmen des Scoping-Termins und der frühzeitigen Beteiligung erarbeitet wurden, vorgestellt. Bisher sei eine Alternative, nämlich die Zufahrt über die Truppacher Straße, überprüft worden.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass er in diesem Punkt nicht für die Fraktion, sondern als Ratsmitglied bzw. Anwohner spreche. Er erklärt, dass er den Oberbürgermeister auffordere, die kostengünstige Alternativplanung an der Truppacherstraße zu wählen und das Dreieck auf der Höhe auf keinen Fall zu bebauen. Ratsmitglied Schneider ist der Meinung, dass man keinen, auf der Kammlinie stehenden fernwirkenden hohen Leuchtpylon brauche. Die Stadt solle nicht mutwillig und rechtswidrig durch die Planung des Zweckverbandes ZEF beschädigt werden. Das Gebiet solle vielmehr einer hochwertigen und naturverträglichen Nutzung zugeführt werden, die das erfolgreiche Factory Outlet positiv ergänzt. Der bisher vorgelegte, minderwertige Ansiedlungsversuch des ZEF enthalte derzeit zu viele schädigende Elemente und bedrohe die Natur dort nachhaltig. Eine Zuwegung unter der A 8 hindurch gegenüber des Outletparkplatzes ist bei einer Brückenhöhe von 4,88 Meter und einer Durchfahrtsbreite von 9,1 Meter sehr gut möglich und wünschenswert.

Ein Wortprotokoll des gesamten Redebeitrages von Ratsmitglied Schneider ist der Sitzungsakte beigelegt.

Ratsmitglied Rimbrecht schlägt vor, den FDP-Antrag abzuändern in der Weise, dass der Stadtrat erkläre, mit der momentan vorliegenden Zufahrtsplanung nicht einverstanden sei und vielmehr Alternativplanungen erwarte.

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, dass der Antrag nicht abgeändert werden soll.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Dem Antrag der FDP-Fraktion wird zugestimmt.

Der Rat der Stadt Zweibrücken fordert

1. den Oberbürgermeister auf, den Punkt Erschließungsstraße zum o. g. Gewerbegebiet auf die Tagesordnung der nächsten Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entwicklungsgebiet Flugplatz Zweibrücken zu setzen und
2. die Vertreter der Stadt in der dortigen Sitzung sich dafür einzusetzen, dass eine genehmigungsfähige Planung der Erschließungsstraße für das Gewerbegebiet Truppacher-Höhe über die Truppacherstraße vorgesehen und die bisherige Erschließungsplanung gestoppt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	1
Enthaltung:	8

Verteiler:
Amt 30

Punkt 9: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

1 **Anfragen von Ratsmitglied Schanne-Raab**

a) Umsetzung des nationalen Integrationsplans

In der Sitzung vom 1.9.2010 beschloss der Stadtrat, in die Umsetzung des nationalen Integrationsplanes zur Integration von Menschen mit Migrations-hintergrund einzusteigen. Als erster Schritt sollte ein Bericht über den aktuellen Stand der Integrationsbemühungen in der Stadt Zweibrücken erstellt werden. Bis wann ist mit diesem Bericht zu rechnen?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass der Bericht in der nächsten Stadtratssitzung im Mai vorgestellt werde.

b) Sicherheit von Atomkraftwerken

Die Diskussion um die Sicherheit von Atomkraftwerken ist neu entbrannt. Die Bürgermeister saarländischer Kommunen appellieren an die Betreiber, das Kraftwerk Cattenom, das in der Vergangenheit immer wieder durch Störfälle und unzureichende Informationspolitik auffiel, abzuschalten.

1.

Wurde der Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken vom Saarländischen Städte- und Gemeindebund angeschrieben, sich dieser Initiative anzuschließen? Warum erwartet er stattdessen – laut Bericht des Pfälzischen Merkurs vom 29.03.2011 – eine Initiative aus den Fraktionen?

2.

Welche Pläne gibt es zum Schutz der Bevölkerung, wenn in Cattenom ein Unfall größeren Ausmaßes geschehen würde und radioaktive Partikel mit dem Wind wahrscheinlich rasch über dem Westrich und dem Pfälzer Wald verbreitet würden?

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm persönlich kein Schreiben vorliege. Er begrüße es jedoch sehr, dieser Resolution beizutreten. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses werde über diese Thematik beraten.

zu 2.

Der Vorsitzende erklärt, dass es einen nichtöffentlichen Notfallplan gebe, der den Ratsmitgliedern in einer nichtöffentlichen Sondersitzung gerne vorgelegt werden könne.

2 Anfragen von Ratsmitglied Kroh

a) Bestattungswesen – Baum- und Rasengräber

Ratsmitglied Kroh erklärt, dass beschlossen wurde, auf dem Waldfriedhof Baum- und Rasengräber anzubieten. Da die Grabfelder und die Zuwegungen fertig gestellt seien, möchte er wissen, wieso es bisher noch nicht möglich ist, diese besonderen Bestattungsformen anzubieten.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde. Bürgermeister Heller erklärt, dass es dafür noch keine Gebührenberechnung gemacht wurde. Man bemühe sich jedoch um eine schnellstmögliche Lösung.

b) Kindergarten Ernstweiler

Ratsmitglied Kroh führt aus, dass der Oberbürgermeister in Bezug auf den Kindergarten erklärt habe, dass die Kirchengemeinde ihren Kindergarten verkommen lasse und dass dies nicht zugelassen werden dürfe. Er möchte wissen, ob der Oberbürgermeister eine Ortsbesichtigung der kritisierten baulichen Zustände gemacht habe und was er sich davon verspreche, die kirchlichen Träger in Misskredit zu bringen und dadurch auch für Unruhe in der Elternschaft Sorge.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass die Beunruhigung von den Eltern ausgehe, welche ihm die Missstände im Kindergarten zugetragen hätten. Die Stadt werde von der Kirche so lange hingehalten, bis die Stadt tätig werden müsse. Der Stadt werde immer wieder „der Schwarze Peter zugeschoben“. Die Stadtverwaltung habe jedoch alles Notwendige getan. Der zuständige Pastor habe ein Gesprächsangebot bisher nicht angenommen und die Eltern seien durch die Kirche falsch informiert worden.

3 Anfrage von Ratsmitglied Kaiser

„Komasaufen“ bei Jugendlichen

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, wann der geplante Runde Tisch zur Beratung des „Komasaufens“ stattfinden werde.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass in den nächsten Tagen die Einladung zu einem Runden Tisch zugehen werde.

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

4 **Anfragen von Ratsmitglied Nunold**

a) Beschilderung in der Römerstraße

Ratsmitglied Nunold möchte wissen, wann in der Römerstraße endlich für eine korrekte Beschilderung gesorgt werde. Bis heute sei keine einheitliche Beschilderung vorhanden.

b) Parkverbot in der Kasernenstraße

Ratsmitglied Nunold bittet auch in Hinblick auf einen möglichen Bau der neuen Rettungswache die Verwaltung zu prüfen, ob in der Kasernenstraße nicht ein generelles Parkverbot möglich sei.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfragen schriftlich beantwortet werden.

5 **Anfrage von Ratsmitglied Düker**

Beschaffung von Feuerwehrlöschfahrzeugen

1.

Welche Feuerwehrlöschfahrzeuge wurden von der Stadt in den zurückliegenden Jahren zu welchem Preis beschafft?

2.

Von welchen Firmen und zu welchem Preis wurden die vorstehend näher erfragten Feuerwehrfahrzeuge beschafft?

3.

Befasst sich die Stadt mit der Prüfung von Schadensersatzansprüchen gegen die vorstehend näher erfragten Lieferfirmen vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundeskartellamts, nach der Bußgelder von über 20 Millionen Euro gegen drei Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen verhängt wurden, und ein viertes Lieferunternehmen ebenfalls betroffen ist?

4.

In welcher Höhe könnte nach Einschätzung der Verwaltung der Stadt bei der Beschaffung der vorstehend näher erfragten Feuerwehrlöschfahrzeuge ein Schaden entstanden sein?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

6 **Anfrage von Ratsmitglied Schneider**

Hilfe der Stadt Zweibrücken für Japan

Ratsmitglied Schneider spricht die Notlage in Japan an und möchte wissen, welche Maßnahmen die Stadt Zweibrücken ergriffen habe, um Japanern zu helfen. Er fragt, ob beispielsweise private Notunterkünfte angeboten werden.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass er alle japanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Zweibrücken angeschrieben und seine Hilfe und Unterstützung angeboten habe. Der Geschäftsführer der Firma Kubota habe sich herzlich für das Engagement bedankt, sehe aber im Moment keine Notwendigkeit zur direkten Hilfeleistung.

7 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Bock**

Internetanschluss in Mörsbach

Nachdem die umliegenden Gemeinden der Verbandsgemeinde ZW-Land sowie die südlichen Vororte der Stadt in nächster Zeit an ein schnelles Internet mit angeschlossen werden, möchte ich wissen, wie der Stand der Dinge bei den nördlichen Vororten vor allem Oberauerbach und Mörsbach ist. Die entsprechende Hauptleitung verläuft, soweit ich weiß, im Bereich der Höhenstraße, so das zumindest Mörsbach ohne großen technischen Aufwand angeschlossen werden kann.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

8 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Schüler**

Verkehrssituation in der Lammstraße

Ratsmitglied Dr. Schüler erklärt, dass durch Bauarbeiten in der Lammstraße dort keine Parkplätze mehr zur Verfügung stehen würden. Er schlägt vor, die Taxiparkzone vorübergehend in eine Kurzparkzone umzuwandeln und die Taxizone in die Fruchtmarkstraße zu verschieben.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises für Verkehrssicherheit aufgenommen und beraten werde.

9 **Anfrage von Ratsmitglied Schiller**

Lermittelausleihe an allgemein bildenden Schulen

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Im letzten Schuljahr wurde für die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5-10 an allgemein bildenden Schulen ein entgeltliches Ausleihsystem für Lernmittel eingeführt. Die Ausgaben von Lernmittelgutscheinen (unentgeltliche Ausleihe) sind an eine Einkommensgrenze gebunden.

In diesem Schuljahr soll dies auch auf die Oberstufe der weiterführenden Schule ausgeweitet werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Verwaltung:

1. Wie beurteilt die Verwaltung das neue Ausleihsystem bezüglich Konzeption und Erfolg?
2. Welche Probleme sind von der Verwaltung bei der Umsetzung des neuen Ausleihsystems erkannt worden und welche werden für die nächste Stufe erwartet?
3. Welche Höhe haben Kosten und Personalaufwand für die entgeltliche Lernmittelausleihe bislang?
4. Werden zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte Verwaltungskostenpauschalen für das erste Jahr sowie für die beiden Folgejahre als ausreichend erachtet?
5. In welcher Höhe müsste hier ggf. eine Anpassung erfolgen?
6. Welche Kostenerwartung ergibt sich daraus für die jetzt anstehende entgeltliche Ausleihe für die Oberstufe?
7. Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung der Kosten für die unentgeltliche Ausleihe?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Verteiler:

Amt 10

Amt 32

Amt 40

Amt 60

WiFö

21. Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19.06 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Prof. Dr. Helmut Reichling

Richard Körner

Kristin Guthor